

Exzellente Entqualifizierung: Das neue akademische Prekariat

Von Britta Ohm

Der Herr im Jobcenter – mein „Arbeitsvermittler“ – schüttelt mir freundlich-abwartend die Hand. Möglicherweise ist er etwas nervös angesichts meines Dokortitels, den er auch sofort pflichtschuldig ausspricht (woran mir überhaupt nichts liegt). Er weiß, dass er mir außer Zwangsmaßnahmen, Callcenter und Saisonarbeit (Erdbeeren pflücken) nichts zu bieten hat. Wir beide wissen – und wissen, dass der andere es weiß –, dass er von seinen Vorgesetzten darauf angesetzt wurde, die in der „Tagesschau“ verkündete Arbeitsmarktstatistik zu exekutieren, die sich selbst und der Welt vorgaukelt, dass Deutschland Vorreiter in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Deutschland Superland, Land der Ideen und der Forschung, engagiert im „Wettbewerb um die besten Köpfe“, Bildungsrepublik, Wirtschaftsmacht, Exportweltmeister, historisch niedrige Arbeitslosenquote (und Fußball-Macht natürlich auch noch). In der medial geprägten Buzzword-Rhetorik von „Brand Germany“ spiegelt sich die neoliberale Exzellenz-Logik, die alle Relationen aus dem Blick verloren hat, unter anderem die, dass man sich in einer stark gebeutelten europäischen und globalen Umgebung trefflich als Hoffnungs-Leitwolf inszenieren kann, nicht nur in dem, was beharrlich „Flüchtlingskrise“ genannt wird (als wären die Flüchtlinge daran schuld).

Wenn sich aber der (scheinbar nur) Einäugige von den Blinden zum König machen lässt, zeigt sich darin eher ein allgemeiner Realitätsverlust denn eine Erfolgsgeschichte. Doch auch Akademikerinnen wachen erst auf, wenn sie an die Decke stoßen, und selbst die vermögen gerade sie, herangezogen in der unhinterfragten Selbstverständlichkeit ihres Privilegs zu lernen und zu lehren, oft noch lange ungläubig zu ignorieren.

Tatsächlich hat sich die Decke aber längst immer weiter gesenkt, und sie bietet immer weniger Luftlöcher. Mein Arbeitsvermittler, so zeigt sich schnell, kann und soll nicht wirklich mehr etwas für mich tun. Es geht nicht mehr um Fördern, sondern nur noch um Fordern – und also um die Verletzung schon des ersten Kapitels des SGB II (Grundsatz Fördern und Fordern). Gleichzeitig zeigt sich das unmittelbar anhängende Problem eines nicht vorhandenen akademischen und eingebrochenen alternativen Arbeitsmarktes für Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen. Es offenbart sich der eigentliche Druck, unter dem der neoliberalisierte Staat operiert. Das Ziel ist die Erfüllung einer imaginären Arbeitslosenstatistik ohne entsprechende

Grundlage. Das aber funktioniert im Fall von Akademikerinnen nur noch, indem sich die Arbeitsvermittlerinnen als berufsmäßige Entqualifizierer betätigen. Damit wird es zunehmend kafkaesk.

Die Hilflosigkeit der Arbeitsvermittler

Anfangs studiert mein Arbeitsvermittler fahrig meinen zehneitigen Lebenslauf, hört mir eine Weile zu und macht sich Notizen. Dann kündigt er an, ohne mir in die Augen schauen zu können, dass ich entweder eine der angebotenen Hilfstätigkeiten annehmen oder an einer „Maßnahme“ (sein Vorschlag lautet auf Umschulung zur kaufmännischen Fachkraft, sprich: Sekretärin) teilnehmen müsse (womit ich prompt aus der Statistik fiele), damit wir die „Eingliederungsvereinbarung“ unterschreiben könnten. Ich frage, in was ich eingegliedert werden soll. Wie er meinem Lebenslauf entnehmen könne, sei ich bereits vollständig in das akademische Leben eingegliedert, werbe immer wieder erfolgreich Forschungsgelder ein, habe lange an verschiedenen Hochschulen unterrichtet, publiziere regelmäßig, halte international Vorträge, arbeite an einem Buch, organisiere aktuell eine internationale Konferenz. Nur eben immer wieder ohne einen Cent Gehalt. Nicht weil ich beschäftigungslos sei, sondern weil ich selbstständig, das heißt nicht als Mitarbeiterin eines professoral geführten Teams, Projekte einwerbe, der Kampf um Drittmittel in der Abwesenheit von Stellen und der anständigen Bezahlung für Lehre immer absurder werde, und damit die Abstände zwischen bewilligten Projekten immer länger, säße ich hier. Was er mir vorschlage, sei faktisch eine Zwangsausgliederung aus dem wissenschaftlichen Leben.

Der Arbeitsvermittler fummelt an seinem Computer und sagt, das SGB II kenne keinen Berufsschutz, und so kämen wir nicht zusammen. Das ist mir bereits klar, und ich beginne, den Spieß weiter umzudrehen. Ich frage, ob er mir erklären könne, wie es sein könne, dass das Jobcenter nur noch Tätigkeiten im Angebot habe, die meine Qualifikation vollständig annullierten. Wir sprächen hier ja nicht über Konzessionen an einen anderen Job, der eine geringfügige Herabsetzung der Qualifikation mit sich brächte und andere Fähigkeiten nutzte, die ich habe. Wir sprächen über die vollständige Entwertung meiner erworbenen Qualifizierung, zusätzlich befeuert dadurch, dass ich im Fall meiner Einwilligung in eine Hilfstätigkeit oder besagte „Maßnahme“ bestehende wissenschaftliche Termine absagen und laufende Arbeiten abbrechen müsste. Ich wäre über kurz oder lang raus und hätte also genauso gut einen Hauptschulabschluss machen können. Es wäre, als hätte ich als Wissenschaftlerin nie existiert.

Mein Entqualifizierer schaut an mir vorbei und raschelt hilflos mit meinem Lebenslauf. Ich frage ihn, ob er mir helfen könne, meiner Mutter zu erklären, warum der Staat ihrer Tochter, in deren Ausbildung sie als eine der ersten voll berufstätigen alleinerziehenden Mütter seit den 1970er Jahren investiert und die alle Prüfungen, inklusive der Promotion, mit Bestnote abgeschlossen hat, nichts anderes zu bieten hat, als Erdbeeren zu pflücken. Ich frage ihn schließ-

lich, ob er mir erklären könne, warum derselbe Staat, der mich jetzt zum Mindestlohn aufs Erdbeerfeld oder ins Callcenter schicken oder sogar noch meine Entqualifizierung/Umschulung bezahlen will, mich angesichts explodierender Studierendenzahlen in Form verschiedener Hochschulen immer wieder für Lehraufträge angefragt hat, ohne mich auch nur annähernd angemessen dafür entlohnen zu wollen. (Die Sätze in Ostdeutschland/Berlin liegen mittlerweile bei zwischen 280 und 700 Euro pro Semester, das heißt für sechs Monate, und damit meilenweit unter dem Hartz-IV-Mindestsatz, ohne jede rechtliche/tarifliche Grundlage.) Mein Entqualifizierer – selbst ein entqualifizierter Sozialwissenschaftler, wie sich im weiteren Gespräch herausstellt – sieht mich erschöpft an. Er kann es mir nicht erklären, weil es rational nicht mehr erklärbar ist.

Bildungsstandort Deutschland: Die große Illusion

Was sich eröffnet, ist ein System, das unter dem Exzellenz-Label sein herangezogenes Potential im großen Stil verschleudert und das volkswirtschaftlich Harakiri betreibt, indem es sich praktisch weigert, seinen Bildungsauftrag zu erfüllen. Ich bin zum Glück nicht die Erste, die das sagt. Seit Jahren weisen Resolutionen und Abschlussberichte wissenschaftlicher Verbandstagen auf den eklatanten Widerspruch hin, der zwischen der zunehmend mangelnden Ausschöpfung eines Reservoirs ausgebildeter Wissenschaftlerinnen und der immer stärkeren Befüllung dieses Reservoirs unter dem Mantra „Wir brauchen mehr Studierende, wir brauchen mehr Akademiker“ besteht. Es ist offensichtlich, dass die Zahl der Studierenden zunehmend die tatsächlichen Investitionen in das Bildungssystem ersetzt, vor allem in deren Unterricht. Viele Studierende machen sich gut im Image des vielbeworbenen „Bildungsstandorts Deutschlands“ (das seit Jahren auf dem drittletzten Platz der OECD bei den Bildungsinvestitionen liegt, das heißt von über 30 Ländern). Es darf nur keiner fragen, unter welchen Bedingungen das Studium abläuft (und wofür es eigentlich gut sein soll).

Interessanterweise tut das auch kaum jemand, am wenigsten die Studierenden selbst, die größtenteils gar nicht wissen, dass ihre Dozentinnen nicht bezahlt werden. Weil es ihnen niemand sagt und weil sie nicht fragen. Viele nicht nur deshalb, weil sie immer rasanter durchs Studium gepeitscht werden, um schnell „fit für den Arbeitsmarkt“ zu sein, sondern auch deshalb, weil ihre Vorstellungskraft nicht ausreicht. Sie kommen nicht darauf – und man muss ihnen das irgendwie zugute halten –, dass sie tatsächlich weitgehend unentgeltlich ausgebildet werden, solange sie nicht selbst massenhaft in unbezahlten Praktika sitzen.

Wenn es ihnen jemand öffentlich sagt, wie mein ehemaliger Professor am Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, Peter Grottian, der vor zwei Jahren erstmals deutlich auf die massenhaft unbezahlte Lehre hinwies und es auf den Punkt brachte, dass Nachwuchswissenschaftlerinnen in Deutsch-

land behandelt werden „wie der letzte Dreck“,¹ dann hat das allerdings kaum einen Effekt, auch unter den betroffenen „Nachwuchswissenschaftlerinnen“ nicht. Man duckt sich lieber weg. Vielleicht komm ich ja doch noch irgendwie durch. Wenn einer es nicht mehr aushält, dann veröffentlicht er seine eigene Leidensgeschichte lieber anonym, sagt aber ganz offen, dass er das tut, weil er um seine letzten Chancen im System fürchtet.² So funktioniert Entsolidarisierung.

Demonstrieren und streiken, wie kürzlich die *Lecturers* in England, die trotz Festanstellung und monatlichen Gehalts ihr Leben aufgrund rabiatere Kürzungspolitik an den Universitäten nicht mehr finanzieren können: in Deutschland bislang undenkbar. Das liegt unter anderem daran, dass gewerkschaftliches, solidarisches Denken im Bildungssektor auch während der weitreichenden Verbeamtung im Nachkriegs-Wohlstands-Deutschland systematisch, und tatsächlich in Verletzung demokratischer Grundrechte, unterbunden wurde. Beamte durften, und dürfen, nicht streiken. Staatsdiener haben dem Staat (demselben, der nun seinen Bildungsauftrag verweigert) zu dienen und ihn nicht zu kritisieren. Folglich gibt es, über eine weitgehend folgenlose GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) hinaus, keinerlei Tradition von Studierenden- und Universitäts-Gewerkschaften, im Gegensatz zu allen anderen Ländern, an denen die Bundesregierung ihre pompöse Werbekampagne für das Bildungssystem ausrichtet, allen voran den USA selbst. Trotzdem hat es zu brodeln begonnen im zunehmend luftleeren Raum unbezahlter Lehre, unsicherer Drittmittel und, abgesehen von der Professur, ausschließlich befristeter, und immer kürzer laufender Projekt- und Mitarbeiterinnenstellen. Allerdings brodeln es bislang hauptsächlich hinter den schicken Kulissen, in einer Privatisierung des Leids, am Rande von Konferenzen und Tagungen, in persönlichen Gesprächen. Die drehen sich schon lange nicht mehr um den informellen fachlichen Ideenaustausch, sondern fast ausschließlich um die Bedrohung der akademischen Existenz: Wie lange läuft Deine Stelle/Dein Projekt noch?, Was machst Du dann?, Wie willst Du das schaffen?, Was für eine Scheiße alles. – So funktioniert wissenschaftliche Entleerung.

Immerhin: Interessant ist nicht nur, dass und ob öffentlicher Protest ausbleibt, sondern vor allem, dass das bereitwillige Schlucken des neoliberalen Grundsatzes – „Schuld an Deinem Problem bist nur Du selbst“ – heute nicht mehr ganz so geschmeidig klappt. Gerade Wissenschaftlerinnen waren vielleicht besonders anfällig für die Internalisierung dieses Grundsatzes, denn der Zweifel und Selbstzweifel – Bin ich wirklich gut genug?, Ist meine Arbeit wirklich überzeugend?, Habe ich wirklich alles getan, was nötig und verlangt war?, Arbeite ich wirklich genug? – sind der akademischen Arbeit inhärent und müssen es sein. Wenn man aber all diese Fragen guten Gewissens immer wieder mit Ja beantworten kann, ist es gerade das Training wissenschaftlicher Arbeit, das einen die Ursache des Problems zwangsläufig anderswo erkennen lassen muss (damit ist nicht gesagt, dass das nicht jeder

1 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 7.10.2014.

2 Vgl. „Tagesspiegel“, 19.4.2016.

vernunftbegabte Mensch auch außerhalb der Wissenschaft verstehen würde, und dort wird ja auch tatsächlich gestreikt).

Ausländische Wissenschaftlerinnen – Requisiten in einer Imagekampagne?

Zunehmend unruhig werden inzwischen nicht nur deutsche „Nachwuchswissenschaftlerinnen“ – ein Begriff, der mittlerweile bis zur unsicheren Rente reicht –, sondern auch viele Doktorandinnen und Postdoktorandinnen aus dem viel umworbenen Ausland. Sie hatten sich anlocken lassen von den vergangenen Exzellenzinitiativen des Bundes und der in sozialen Netzwerken euphorisch verbreiteten Saga eines Deutschlands ohne Studiengebühren: Deutschland nimmt Flüchtlinge auf, Deutschland ermöglicht freie Bildung, Deutschland ist cool. Nun realisieren sie, dass sie nach Ablauf ihrer befristeten Anstellung in einem massiv unterfinanzierten und knallhart hierarchischen System oft ohne abgeschlossene Forschung und ohne Perspektive dastehen.

Eine junge Historikerin aus Indien, wo ich seit vielen Jahren unter zunehmend prekären Bedingungen forsche, sagte kürzlich in einem Gespräch am Rande einer Tagung: „Deutschland schien eine echte Alternative zu bieten. Aber hier gibt es ja überhaupt keine Aufstiegsmöglichkeiten, man ist entweder Professor oder gar nichts. Ich konnte mir das gar nicht vorstellen und hatte ein ganz anderes Bild von Deutschland. Ich weiß nicht, wohin ich als Nächstes gehen soll, es wird überall immer schwieriger. Aber ich frage mich auch, was ich hier eigentlich mache. Ich habe das Gefühl, in eine Falle getappt zu sein.“ Die junge Historikerin und unzählige andere internationale Forscherinnen, mit denen ich über die vergangenen Jahre Kontakt hatte, scheinen tatsächlich nicht mehr (gewesen) zu sein als Requisiten in einer Image-Kampagne der Bundesregierung – gemeinsam mit den unzähligen deutschen Wissenschaftlerinnen, deren (Projekt-)Verträge über immer kürzere Laufzeiten gehen (mittlerweile sind sechs bis acht Monate keine Seltenheit), und den massenhaft abgestürzten Juniorprofessorinnen (zwei Drittel dieser Stellen wurden teilweise trotz positiver Evaluation nicht in eine Professur überführt). In hübschen Broschüren und bunten Internet-Auftritten firmieren sie als Ausweis eines weltoffenen, international anschlussfähigen und forschungsfreundlichen Deutschlands, tatsächlich aber werden sie zum Opfer eines an Drittmitteln erblindeten Durchlauferhitzers, einer zutiefst verfehlten Hochschulpolitik, die manisch zu „Spitzenleistungen“ antreibt, ohne das Grundproblem in Augenschein zu nehmen. Und das funktioniert eben nicht, weil es in Deutschland immer noch besser läuft, sondern weil es anderswo genauso schlimm oder noch schlimmer ist.

Für viele, und besonders für die große Zahl der ausländischen Wissenschaftlerinnen, für die mit ihrer befristeten Stelle auch meist ihr Visum abläuft, bleibt am Ende nur noch, sich bedingungslos unter die Patronage einer Professur zu stellen, um irgendwie eine zumindest kleine Anstellungsverlängerung zu bekommen, die Abwanderung in ähnlich prekarierte Uni-

systeme oder das Ausscheiden aus der Wissenschaft. Für die anderen, wenn sie nicht schamhaft bei Familie oder Partner unterkriechen können oder wollen (und das gilt natürlich wieder einmal hauptsächlich für Frauen), bleibt am Ende nur Hartz IV – und die Zwangsentqualifizierung.

Elendsgeschichte „Exzellenzinitiative“

Wo der Unmut derzeit am deutlichsten wird, ist in den Kommentarsektionen von Online-Petitionen an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), von denen es in den letzten Jahren eine zunehmende Anzahl gegeben hat und auf die auch eine selbst finanzierte Studie zu den drastischen Folgen der Befristungspolitik aufbaut.³ Kommentarsektionen von Online-Petitionen sind semi-öffentlich, weil sie den Unterzeichnerinnen vorbehalten sind. Obwohl man also weiß, dass man sich hier unter Gleichgesinnten befindet, bleiben viele dennoch anonym, um sich so richtig Luft zu machen, etwa in der derzeit laufenden Petition gegen die geplante Neuauflage der Exzellenzinitiative, die eine dauerhafte Förderung nur einiger weniger „Spitzenunis“ vorsieht: „Dieses Deutschland tötet die Bildung, die doch die Grundlage von allem ist, und öffnet nicht nur narzisstischen Gestalten, sondern auch als nicht-„exzellent“ deklarierten Parallelwelten Tür und Tor. Ich geh kotzen.“

Die erste Exzellenzinitiative, 2005 noch unter der SPD-Regierung angestoßen, hätte unter anderem Schwerpunkt – etwa „Wissensinitiative“ – eine interessante Möglichkeit sein können, Hochschulen auch Europa-übergreifend und transnational durch die langfristige Einrichtung von Graduiertenschulen und Forschungszentren in Austausch zu bringen und das zweifellos überkommene, traditionell professoral dominierte System in Deutschland international stärker zu integrieren. Mit nachhaltigem Konzept, das zunächst einmal eine finanzielle Stärkung des laufenden Unibetriebes, das heißt besonders auch der Lehre, bedeutet hätte, wäre dies eine Chance zur Schaffung einer Vielfalt von Stellen und die überfällige Abschaffung der Habilitation gewesen (die die halbherzige befristete Juniorprofessur eher noch bestärkt denn wirklich in Frage gestellt hat). Stattdessen wurde unter dem Eindruck einer global zunehmenden Inflation des Exzellenz-Begriffs ein Ad-hoc-Wettbewerb unter den Universitäten erzwungen, der der Professur als einzig unbefristeter Stelle ein nie dagewesenes Machtmonopol zuwies. Zugleich wurde vom US-amerikanischen System nicht etwa die Norm einer über sechs Jahre finanzierten Promotion (die maßgeblich die Qualität dortiger Forschung ermöglicht) übernommen, sondern einseitig nur der Elite-Gedanke, der sich dort in einer langen und durchaus kritikwürdigen Tradition miteinander konkurrierender privat finanzierter Elite-Universitäten manifestiert.

Weil solch fragwürdige Tradition nun mal nicht einfach plötzlich hergestellt werden kann, wurde der Wettbewerb auch noch in Rotation versetzt, das heißt, in jeder Antragsrunde konnten sich Hochschulen mit extrem auf-

3 Sebastian Raupach u.a., Exzellenz braucht Existenz. Studie zur Befristung im Wissenschaftsbe-
reich: ein Beitrag zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, o.O. 2014.

wändigen Anträgen erneut um das Exzellenz-Etikett bewerben, was nicht nur bedeutete, dass eine Uni mal exzellent war und mal nicht. Das allein wäre noch durchaus realitätsnah gewesen. Das Grundproblem bestand von Anfang an darin, dass dieser rein Drittmittel-orientierte, massiv beworbene Wettbewerb dazu genutzt wurde, Investitionen in die Ausstattung von Universitäten mehr oder weniger zu ersetzen, so wie die stolz hergezeigte anschwellende Anzahl der Studierenden die Investitionen in ihre Lehrenden ersetzte. Das heißt: Statt zusätzlich zu einem festen Budget der Hochschulen einen Topf aufzustellen, um den sich die bewerben können, die glauben, eine besonders förderungswürdige Forschungsidee zu haben, wurde ein Topf in die Mitte gestellt, um den sich alle keilen müssen, um für die nächsten paar Jahre überhaupt noch eine Ausstattung mit Forschungsbudget und befristeten Stellen zu bekommen. *Survival of the Fittest goes University.*

Wenig überraschend steht dabei die Erfolgsquote von rund 20 Prozent in keinem gewinnbringenden Verhältnis zur erforderlichen Anstrengung, wie eine Professorin, namentlich, in der oben erwähnten Kommentar-Sektion beschreibt: „Mehrere Antragsrunden machen die Vorarbeit sehr aufwändig und weisen extrem geringe volkswirtschaftliche Effizienz auf. Berechnet man die durch alle Antragsteller geleisteten Arbeitsstunden für eine Antragstellung, ist schnell erkennbar, dass nicht selten die Kosten aller Antragsteller für die Antragstellung höhere kalkulatorische Kosten aufweisen, als die Fördersumme darstellt. Zumindest aber betragen die Kosten der aufgrund der geringen Zuteilungsquote häufig umsonst getätigten Antragstellung nicht selten einen großen Anteil des Förderbetrages.“ Heißt: Es wird viel Geld und Zeit dafür verschwendet, befristet angestellte Forscherinnen nicht mit ihrer Forschung zu beschäftigen, sondern mit Anträgen auf Forschung, die wahrscheinlich nie stattfinden wird. Zum anderen bedeutet diese Praxis nicht nur eine enorme Bürokratie und die buchstäbliche Produktion massenhaft nicht-abgeschlossener eigentlicher Forschung, sondern auch eine gigantische Verschleuderung von geschaffener Infrastruktur, weil unter dem Exzellenz-Etikett eingerichtete Institutionen brachliegen und woanders neu aufgebaut werden müssen, wenn das Etikett weiterwandert. Wenn nun anstelle der Hochschulen insgesamt die Förderung nur einiger „Spitzenunis“ verstetigt werden soll, da die manisch gesuchte, international kompetitive Elite endlich gefunden scheint, während das Antragsrennen weitgehend erhalten bleibt, heißt das nichts anderes, als dass der in die Mitte gestellte Topf zu einer Seite verrückt wird und der Rest umso verzweifelter und ent-solidarisierter den Kampf gegen den Abstieg in die vollends unterfinanzierte zweite Liga austragen darf.

Sicher haben zehn Jahre Exzellenzinitiative auch vernünftige Forschungsergebnisse hervorgebracht. Es darf aber geargwöhnt werden, dass diese auch ohne den getriebenen Aufwand zu erzielen gewesen wären, wie es ein anderer Unterzeichner der Petition gegen die neue Exzellenzinitiative tut, der unter Rückgriff auf verschiedene internationale Quellen argumentiert, dass, „was die Forschung alleine angeht, überhaupt kein Effekt zu sehen ist“. Es ist in diesem Zusammenhang denn auch vielfach bezweifelt worden,

wie besagte „Spitzenunis“ zustande gekommen sind. Denn es liegt auf der Hand, dass ein gesunder Wettbewerb um die interessantesten Forschungs-ideen und die vielbeschworenen „besten Köpfe“ es schwer hat, wenn die Angst regiert vor dem Entzug oder der Verweigerung der Exzellenz-Gelder. Was sich etabliert hat, ist ein oft nichtssagender Antragsjargon, der mit vielen aktuell hippen Termini um sich wirft, sich mit endlosen Literaturverweisen absichert und die zu erwartenden Ergebnisse der Forschung schon im Vorfeld herbetet, um ja niemandem, der im Auswahlgremium sitzt, auf die Füße zu treten und um zu suggerieren, dass die Forschung am besten schon übermorgen zu einer top-ranked Publikation führen und statistisch verwertet werden kann. Nicht Innovation und Originalität werden belohnt, sondern voreuseilender Gehorsam und monetäre und publikatorische Quantität, wie ein anderer Professor, auch er namentlich, mit mittlerweile unverhohlener Frustration im Kommentar zur Petition beschreibt: „Schon seit ihrer 1. Runde befördert die sog. Exzellenzinitiative den unsäglichen Trend, dass Forschung nicht nach der inhaltlich-fachlichen Güte erzielter Ergebnisse beurteilt wird, sondern nach der Schwülstigkeit der Antragsprosa, [der] Anzahl der Veröffentlichungen (kein Bezug zum Inhalt) und die monetäre Höhe der vorher schon eingeworbenen Drittmittel (kein Bezug zum Inhalt, sondern wieder nur Versprechen auf die Zukunft in schwülstiger Antragsprosa). An diese völlig pervertierte Situation haben wir uns fatalerweise schon so gewöhnt, dass wir sie fast normal finden. Die unglaublichen Mengen an sinnloser Zeit, die dieses System beim Schreiben und Beurteilen dieser inhaltsleeren Antragsprosa frisst, sollten uns allerdings aufschrecken lassen.“

Es zeigt sich ein kontraproduktiver Kreislauf, der unweigerlich jene zuerst ausspuckt, die sich auf ihren befristeten Stellen von ihrer Professorin zur Mitarbeit an einer wahrscheinlich erfolglosen Antragstellung haben verpflichten lassen (müssen), weil sie selbst nicht mehr dazu kommen, die Menge an Publikationen zu erreichen, die willkürlich als Norm gesetzt wird. Es zeigt sich aber vor allem ein völliges Abdriften in die reine Quantifizierung von Forschung, ein sinnentleertes Stieren auf Zahlen und Statistiken und eine ganze Industrie von Evaluationen und Re-Evaluationen, die der Forschung nicht nur ihre Zeit stiehlt, sondern die dem freien Denken und Nach-Denken und dem spannenden Risiko des Noch-nicht-Wissens, das Forschung ausmacht, rigoros die Luft abdrückt.

Von der Leidenschaft zur Wissenschaft – und ihrer Zerstörung

Trotz, oder wegen, der zerstörerischen Experimente an ihrem Berufsstand lassen sich zumal fortgeschrittene Wissenschaftlerinnen noch nicht so leicht davon überzeugen, dass sie ihren Beruf im Zweifelsfall ebenso wechseln können wie anders oder gar nicht Qualifizierte, denn er hat immer noch etwas mit Berufung zu tun, mit einer nicht ablegbaren Existenz. Max Weber, der schon 1919 sowohl von der Leidenschaft als persönlicher Voraussetzung des Wissenschaftlers wie auch von seinen bemerkenswert unabgesicherten

Arbeitsbedingungen in Deutschland im Vergleich zu den USA schrieb, wird aber auch von Kolleginnen immer wieder gern bemüht, um auf eine quasi-kulturelle Besonderheit und damit vermeintlich auf eine Unabänderlichkeit des deutschen Systems zu verweisen – und sich in ihr Schicksal zu fügen. Als hätte es 100 Jahre Politik seither nie gegeben. Dass diese aktuell wiederum doch im Vergleich zu anderen Ländern viel mehr in die Sozialsysteme einzahle, ist anderen immer noch ein Ausweis für einen funktionierenden Sozialstaat und nicht für die Tendenz, zunehmend auch Hochqualifizierte mit Hartz IV abzuspeisen, statt ihnen aus sprudelnden Steuergeldern vernünftige Gehälter zu zahlen. Wer aber, wie ich, entnervt zum Jobcenter geht, um zumindest ebendieses Hartz IV als eine Art minimales Grundeinkommen für fortwährend geleistete akademische Arbeit zu beanspruchen, erfährt den eigentlichen Skandal.

Seit 2012 haben sich im Zuge einer öffentlichen Debatte über die „Arbeitsunwilligen“ die von Jobcentern ausgesprochenen Sanktionen gegen ihre „Kundinnen“ bei gleichzeitig abnehmenden Zahlen von Hartz-IV-Empfängerinnen verschärft. Es reicht dem Staat nicht mehr, unbezahlte Wissenschaftlerinnen, die eben nicht als Berufstätige oder Selbstständige gelten, als eine Art Bodensatz der Exzellenz auf Hartz IV zu parken. Dies ermöglicht immer noch ein Mindestmaß an akademischer Freiheit, vor allem das Publizieren, das unter anderem Voraussetzung für das Einreichen unabhängiger Forschungsanträge bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und verschiedenen Stiftungen ist. Das aber ist offenbar immer weniger gewollt, denn es bedeutet potentiell zusätzliche Mitesser am verkleinerten akademischen Futtertrog und eine unangenehme Sichtbarkeit in der Arbeitslosenstatistik. Stattdessen findet sich im Jobcenter die Fortsetzung der exzellenten Quantifizierung mit anderen Mitteln, indem die erzwungene akademische Entqualifizierung sich an die Auslöschung von Existenz macht, die über die zählbare, bzw. dann nicht mehr zählbare, materielle Existenz hinausgeht. Das heißt, meine wissenschaftliche Existenz muss gelöscht werden, um mich aus der Arbeitslosenstatistik zu löschen. Klick. *Unfriended by your State.*

Akademischer Kannibalismus und der Verlust an kritischer Intelligenz

Es fällt schwer, in dieser Logik nicht eine Spielart des Angriffs auf die Wissenschaft zu erkennen, der sich im Zuge der Verschärfung neoliberaler Politik weltweit beobachten lässt. Diese Verschärfung besteht in der Essenz darin, immer mehr Menschen Stück für Stück die Lebensgrundlage zu entziehen und sie unter der Rhetorik nationaler Superlative aufeinanderzuhetzen – um die daraus resultierenden Aggressionen und Ressentiments dann allein auf die Rechten zu schieben, als kämen sie aus dem Nichts. In der Wissenschaft, neben Sport und Wirtschaft wichtigstes nationales Aushängeschild, zeigt sich dieser Prozess nicht nur in der Verweigerung von Gehalt und der gezielten Entsolidarisierung im Kampf um zu wenige befristete Stellen. Er zeigt sich auch in dem, was ein weiterer Kommentator der Petition gegen die

Exzellenzinitiative als „akademischen Kannibalismus, also nicht die wissenschaftliche Konkurrenz, sondern die ökonomische Vernichtungskonkurrenz zwischen den Disziplinen“ bezeichnet – oft zudem praktiziert unter dem modischen Label der Interdisziplinarität. Dies betrifft besonders das immer ungleichere Verhältnis zwischen den – quantitativen – Natur-, Wirtschafts- und Technikwissenschaften auf der einen und Geistes- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite.

Wenn in den Medien in letzter Zeit Kritik an der kaum noch zu ignorierenden Universitätsmisere formuliert wurde, dann überwiegend unter dem mahnenden Hinweis, dass „die besten Köpfe“ drohen, in die Wirtschaft abzuwandern. Das heißt, es wird die Normalität eines Nexus zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gespiegelt, auf den die herrschende Bildungspolitik zunehmend ausschließlich ausgerichtet ist. Es wird gar nicht mehr gefragt, wohin denn wohl die Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen „abwandern“, denn damit lässt sich kein Druck mehr aufbauen. Tatsächlich sollen gerade sie in der freien Wirtschaft landen, nur unfreiwillig und im Unterbauch der Mindestlohn-(Re-)Produktion, mit minimaler staatlicher (Umschulungs-)Förderung, um sie endlich aus der Verantwortlichkeit des Staates zu drängen.

Mit ihnen entledigt sich der demokratische Staat auch eines guten Teils seiner eigenen gesellschaftspolitischen Reflexion und der kritischen Distanz zu sich selbst. Und dies gerade in Zeiten, da die Grenzen des neoliberal-enthemmten Umverteilens von unten nach oben nicht nur von Wissenschaftlerinnen (außerhalb Deutschlands, etwa von Thomas Piketty) eindrücklich nachgewiesen, sondern sogar vom Internationalen Währungsfonds wiederholt eingestanden worden sind,⁴ während die gravierende Zunahme faschistischer Bewegungen, autoritär-populistischer Politik und die Produktion weltweiter Gewalt, Vertreibung und Hoffnungslosigkeit die Folgen täglich erfahrbar machen. Mit solch einem Angriff auf die Wissenschaft steht Deutschland anderen Ländern wenigstens in der Tendenz in nichts nach. Dort aber ist die politische Drangsalierung von Universitäten entweder bereits unmissverständlich geworden (Ungarn, Türkei, Indien, Brasilien), wenn sie nicht gleich in Diktaturen stattfindet (Singapur), oder die (Ent-)Bildungspolitik wird zumindest transparent gemacht und steht in der öffentlichen Debatte (wie die massiven Kürzungen und Privatisierungen in Großbritannien und der Einbruch des *Tenure Systems* in den USA, wo das prekäre Überleben von Wissenschaftlerinnen auf befristeten, unterbezahlten Adjunct-Stellen sowohl Weblogs als auch die wissenschaftlichen Beilagen großer Zeitungen beschäftigt). Wenn auch Enttäuschung und Frustration hierzulande immer mehr die Runde machen, gelingt es Deutschland dagegen bislang immer noch, faktische Kürzungspolitik und massive Ressourcenverschwendung als Exzellenz zu verkaufen und sich angesichts schwindender Alternativen und einer mangelhaft informierten, immer emotions- und affektgeleiteteren Öffentlichkeit im In- und Ausland als attraktiven und demokratisch überlegenen Wettbewerbsstandort zu inszenieren.

4 Siehe „BusinessInsider“, 27.5.2016.

Es wurde höchste Zeit, dass die früheren, akademisch dominierten, autoritativen Debatten zu Staat und Gesellschaft einer viel stärkeren Partizipation breiterer Bevölkerungsschichten Platz machen mussten. Es hat zweifellos eine Demokratisierung der Öffentlichkeit(en) gegeben. Wie nicht zuletzt der Brexit gezeigt hat, muss diese allerdings zunehmend mit der gleichzeitigen Verengung realer politischer und wirtschaftlicher Wahloptionen konkurrieren – und verliert dabei zusehends. Nun zeigt man sich gerne entsetzt, wenn das Internet vielfach Ausweis dafür wird, dass der Krieg zwischen Staaten sich längst wieder in die Gesellschaften verlagert hat, wo sich Anhänger verschiedener Gruppen und politischer Interpretationen zum Teil gnadenlos bekämpfen bzw. stärkere die schwächeren völlig enthemmt angreifen. In solch einer Situation ist es hochproblematisch, wenn Wissenschaftlerinnen – und überwiegend eben in Form natur- oder wirtschaftswissenschaftlicher Professorinnen – nur noch gelegentlich als Expertinnen in, wiederum zunehmend aggressiven, TV-Talkshows oder als kurze Soundbites in Nachrichten und Reportagen auftauchen. Damit dokumentiert sich nicht nur ein Entzug der Möglichkeit, größere Zusammenhänge kritisch aufzuzeigen, sondern auch eine bemerkenswerte Entfremdung der Universität von der Gesellschaft – und von sich selbst. Gerade weil Universität selbst immer stärker in die Hierarchisierung und Prekarisierung der Gesellschaft eingebunden ist, kann und soll sie diese nicht mehr wahrnehmen und schon gar nicht öffentlich darstellen.

Die falsche Fixierung – immer auf die Professur

In diesem Zusammenhang wiederum ist es vielleicht nur folgerichtig, dass die Diskussion über mangelnde wissenschaftliche Stellen, wenn sie denn in den letzten geschützten Bastionen des Bildungsbürgertums einmal geführt wird, sich ausschließlich auf die Professur kapriziert. Die Professur ist die einzig mächtige, weil einzig unbefristete Stelle an deutschen Universitäten, die alle realen Möglichkeiten des beworbenen Systems – risikolose Beantragung großzügiger Forschungsgelder, Forschungsteams und (befristete) Mitarbeiterinnen, Vortrags- und Kongressreisen, internationale Fellowships – auf sich konzentriert. Also, so die Logik, brauchen wir davon mehr, anstatt zu fragen, wie sich diese undemokratische Monopolstellung eigentlich rechtfertigt. Von Wissenschaftlerinnen selbst, ermüdet durch jahrelangen Kampf und konditioniert auf die einzige Erfolgsoption, kommt besonders in dieser Frage wenig. Vielmehr wird sich artig bedankt – wie kürzlich geschehen in einer Studio-Diskussion von „Campus und Karriere“ im „Deutschlandfunk“⁵ –, wenn wieder eine pompös betitelte Maßnahme ins Leben gerufen wird: diesmal der „Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs“, der 1000 neue „Tenure Professuren“ bis zum Jahr 2032 bringen soll.

Nicht diskutiert wird dabei darüber, dass diese Stellen nicht ansatzweise die Professuren ersetzen, die in den letzten 15 Jahren faktisch gestrichen

5 Vgl. Campus und Karriere, „Deutschlandfunk“, 21.5.2016.

worden sind. Seit 2000 ist die Zahl der Studierenden in Deutschland um rund eine Million gewachsen. Im gleichen Zeitraum sind nicht einmal 10 000 Professuren hinzugekommen, das heißt, heute kommen über 100 Studierende mehr auf jede Professur (deren Betreuung natürlich überwiegend von Projektmitarbeiterinnen und unbezahlt Lehrenden gestemmt wird).

Ebenso wenig wird der erneute volkswirtschaftliche Irrsinn thematisiert, dass man diese 1000 Professuren längst hätte haben können, wenn man Juniorprofessorinnen nicht reihenweise wieder aus dem System gekegelt hätte. Diese auch schon als „tenured“, als potentiell unbefristete Vorstufe zur Vollprofessur, angekündigten Stellen haben sich vielfach als bessere befristete und letztlich kaputt-ewaluierte Mitarbeiterinnenstellen erwiesen, deren ursprüngliche avisierte Zahl von 6000 darüber hinaus nie auch nur annähernd erreicht wurde (es waren letztlich nicht einmal 1000).

Nicht nachgehakt wird schließlich auch, warum die neuen „Tenure Professuren“ dasselbe nachweisliche Elend nur wiederholen sollen: wieder nur zunächst eine Laufzeit von sechs Jahren, dann „bei positiver Evaluation“ (die wieder ein halbes Jahr braucht, Unmengen von Papier frisst und viele Vorwände liefert) eventuell eine Vollprofessur. Dabei ist schon jetzt klar abzusehen, dass bei unveränderter Exzellenz-Fixierung und unangefochtener Beibehaltung der Habilitation von diesen Stellen am Ende kaum etwas übrig bleiben wird. Ganz abgesehen davon, dass sich von den ehemaligen Juniorprofessorinnen viele gar nicht mehr auf die neuen Stellen werden bewerben können, denn sie sind inzwischen ja schon durch das System gelaufen und abgestürzt – und nun wird sich der Fokus, ganz im Sinne der „Spitzenforschung“, auf neue, schnellere, jüngere Kandidatinnen richten, die sich noch fragloser verheizen lassen.

Es ist, als nehme man einem Kind immer wieder den Teddy weg, um ihn dann jedes Jahr ein bisschen abgefranst wieder unter den Weihnachtsbaum zu legen – in der Erwartung, dass es nichts merkt. Wenn das Kind aber doch etwas merkt, wird es ignoriert oder es wird ihm eingeredet, es täusche sich.

Ein Anrufer, der in die selbstzufriedene „Deutschlandfunk-Diskussionsrunde“ die Klage über den eklatanten Mangel einer Vielfalt an längerfristigen Stellen an den Universitäten wirft, bleibt denn auch prompt ohne Resonanz. Als ein weiterer Anrufer deutlicher wird und von Angstzuständen, Schlaflosigkeit und Konzentrationsschwächen bei vielen seiner Kolleginnen angesichts akuter Existenzangst berichtet, erntet er ein gemütliches Lachen des zugeschalteten Rektors der Exzellenz-Uni Aachen. Also, das könne er sich nun wirklich nicht vorstellen. Der Anrufer solle mal auf seine Webseite gehen, da gäbe es ganz viele spannende Angebote.

Schon wieder einer, der es sich einfach nicht vorstellen kann. Ausdruck eines Unisystems, das sich, im doppelten Sinne, über mangelnde Vorstellungskraft reproduziert und eigentlich schon längst daran zerbrochen ist.

Nächste Woche habe ich eine weitere Vorstellung bei meinem Entqualifizierer im Jobcenter. Ich werde ihm vorschlagen, dass sie mir eine Fortbildung in Gewerkschaftsrecht finanzieren. Das kann er sich bestimmt auch nicht vorstellen.